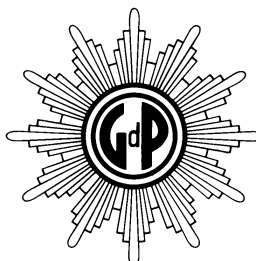


Pressemeldung

www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de



Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk
Nordrhein-Westfalen

21.02.2019

Radwege dürfen nicht im Nichts enden

Düsseldorf. Mehr als 13 000 Radfahrer sind in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres im Straßenverkehr in NRW verunglückt, 50 von ihnen sogar tödlich. Das hat der Referatsleiter für Verkehr im Düsseldorfer Innenministerium, Rüdiger Wollgramm, heute auf einem Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Essen berichtet. Stark gestiegen ist vor allem die Zahl der verunglückten Pedelecfahrer. Viele von ihnen sind bereits im Seniorenalter und unterschätzen die Geschwindigkeit der durch einen Elektromotor unterstützten Pedelecs.

Um die Zahl der getöteten und schwer verletzten Radfahrer zu reduzieren, fordert die GdP die Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer. „Alle Appelle für eine freiwillige Nutzung von Fahrradhelmen sind ins Leere gelaufen“, sagte auf dem Forum GdP-Verkehrsexperte Heiko Müller. „Deshalb muss der Gesetzgeber zumindest für die Pedelecfahrer eine Helmpflicht einführen. So, wie sie bei Mofas bereits seit Jahrzehnten gilt.“ Durch die Fahrradhelme können zwar keine Unfälle verhindert, deren Folgen aber deutlich gemildert werden.

Darüber hinaus verlangt die GdP von den Städten und Kommunen deutlich mehr Investitionen in die Einmündung von Radwegen. „Niemand würde auf die Idee kommen, eine Straße einfach im Nichts enden zu lassen. Warum machen wir das bei Radwegen?“ sagte Müller auf dem GdP-Forum. „Da, wo ein Radweg endet, muss für alle Verkehrsteilnehmer klar sein, wie es weiter geht. Sonst sind Konflikte zwischen Radfahrern und anderen Verkehrsteilnehmern vorprogrammiert“, warnte er. „Das ist zwar aufwändiger, als einen neuen Radweg einzuweihen, aber unverzichtbar, wenn wir die Radfahrer schützen wollen.“

Die GdP fordert deshalb, dass in Zukunft bei der Planung und beim Bau von Radwegen die gleichen Maßstäbe gelten, wie beim Bau von Straßen. „Das fängt bei klaren Konzepten für den Beginn und das Ende von Streckenabschnitten an und schließt durchdachte Umleitungen in der Bauphase mit ein“, erläutert Müller.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Pressekontakt:

Stephan Hegger Tel. 0211-29 10 132
mobil 0172 / 27 74 715

Düsseldorf:

Gudastraße 5 - 7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 29 10 1 - 0
Telefax: (02 11) 29 10 14 6